

# LESOTHO

## **Königreich Lesotho**

### **Staatsoberhaupt: Letsie III**

### **Regierungschef: Sam Matekane (hat im Oktober Moeketsi Majoro abgelöst)**

Die Staatsanwaltschaft ließ die Mordanklage gegen den ehemaligen Premierminister und die First Lady fallen. Proteste waren verboten, und die Behörden verweigerten bis August die Genehmigung für Versammlungen gemäß den Covid-19-Vorschriften. Die Brutalität der Polizei, einschließlich Vorwürfen der Folter und anderer Misshandlungen sowie einer rechtswidrigen Tötung, gab weiterhin Anlass zu ernster Sorge. Die geschlechtsspezifische Gewalt nahm weiter zu, während Frauen im wirtschaftlichen und politischen Bereich ausgegrenzt wurden. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung war begrenzt, insbesondere für Frauen und Mädchen in ländlichen Gebieten.

## **HINTERGRUND**

Das Parlament wurde im Juli in Vorbereitung auf die Parlamentswahlen im Oktober aufgelöst. Am 24. August wurde es im Rahmen des Ausnahmezustands wieder einberufen und verabschiedete schließlich am 31. August seit langem bestehende Verfassungsreformen. Daraufhin entschied der Oberste Gerichtshof, dass der Ausnahmezustand verfassungswidrig sei und das Parlament daher keine verfassungsmäßige Befugnis habe, die verfassungsändernden Gesetze zu verabschieden.

## **STRAFREIHEIT**

Am 26. Juli ließ die DPP die Anklage gegen den ehemaligen Premierminister Thomas Thabane und seine Frau Maesaiah Thabane wegen des Mordes an seiner ehemaligen Frau Lipolelo Thabane im Jahr 2017 und des versuchten Mordes an ihrem Bekannten Thato Sebolla mit der Begründung fallen, es gebe keine Zeugen. Einige Zeugen des Mordes starben unter mysteriösen Umständen, während andere zwischen 2017 und 2020 das Land aus Angst um ihr Leben verließen.

## **FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN**

Die Brutalität der Polizei gab weiterhin Anlass zu ernster Besorgnis, da einige Mitglieder der Sicherheitskräfte in die Tötung eines Demonstranten sowie in die Folter und andere Misshandlungen anderer verwickelt waren. Die Polizeibehörden sahen sich mit mehreren Schadensersatzklagen in Millionenhöhe konfrontiert, unter anderem wegen der angeblichen Folterung des Rechtsanwalts Napo Mafaesa in der Ha Mabote-Polizeistation im Januar und einer Ha Pita-Frau namens Mateboho Matekane in der Lithoteng-Polizeistation in der Hauptstadt Maseru im November 2021. Am 19. Mai wurden 35 Menschen, darunter 16 Frauen, von Polizeibeamten und Angehörigen der lesothischen Streitkräfte gefoltert, nachdem sie im Dorf Liseleng im Bezirk Thaba-Tseka gegen die Stromabschaltungen protestiert und dabei auch Straßen verbarrikadiert hatten. Sie wurden geschlagen und mussten über mehrere Meter schlammiger Piste zum nahe gelegenen Matsoku-Fluss und wieder zurück rollen. Die Demonstranten wurden festgenommen und wegen Ruhestörung

angeklagt. Später wurden sie gegen Kautionsfreilassung und erschienen im Mai und Juni vor dem ThabaTseka Magistrates Court. Der Fall war Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen. Der nationale Polizeipräsident teilte Amnesty International mit, dass sieben Beamte der berittenen Polizei von Lesotho suspendiert wurden, nachdem sie am 16. Juni auf protestierende Studenten an der Nationalen Universität von Lesotho geschossen hatten, wobei Kopano Francis Mokutoane getötet und mehrere andere verletzt wurden, und dass gegen sie ermittelt werde.

## **VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT**

Die Beschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die 2020 unter dem Vorwand der Eindämmung des Covid-19 eingeführt wurden, wurden im August aufgehoben, so dass politische Versammlungen stattfinden und Nachtclubs wieder geöffnet werden konnten.

## **FRAUENRECHTE**

Die geschlechtsspezifische Gewalt hat weiter zugenommen, insbesondere die häusliche Gewalt, von der hauptsächlich Frauen und Kinder betroffen sind. Der Zugang zur Justiz war für Frauen, vor allem in ländlichen Gemeinden, eingeschränkt, was zum Teil auf unzureichende Verkehrsmittel und Armut zurückzuführen war, die sie daran hinderten, Polizeistationen und Gerichte in den Städten zu erreichen. Frauen waren weiterhin von der Teilhabe an Wirtschaft und Politik ausgeschlossen und litten unter der dreifachen Last von Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit.

## **WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE**

Armut und Ungleichheit sind nach wie vor weit verbreitet und werden durch die negativen Auswirkungen von Covid-19 auf die Wirtschaft noch verschärft. Die Wirtschaftsleistung blieb schwach, was durch die Pandemie noch verschärft wurde und Branchen wie das verarbeitende Gewerbe, insbesondere die Textilindustrie, den Bergbau, das Baugewerbe und den Dienstleistungssektor betraf. Dies wirkte sich auf die Einkommen der meisten Haushalte aus. Die Weltbank sagte, dass sich die Armutsbekämpfung nur langsam verbessern würde, da die Lebensmittel- und Energiepreise stiegen und das fragile wirtschaftliche Umfeld die Budgets und Lebensgrundlagen der ärmeren Haushalte einschränkte. Die Armutsquote wird sich den Prognosen zufolge leicht verbessern und 2022 auf 35,2 % sinken, verglichen mit 36 % im Jahr 2021.

## **RECHT AUF GESUNDHEIT**

Im Jahr 2022 lebten von 2,3 Millionen Einwohnern etwa 300.000 Menschen mit HIV/AIDS; die meisten von ihnen waren Frauen und jugendliche Mädchen, die auch stärker mit sozialer Stigmatisierung konfrontiert waren. Die Menschen, insbesondere Frauen, die Mütter- und andere wichtige Gesundheitsdienste benötigen, wurden zum Teil durch schlechte ländliche Straßennetze am Zugang zu Gesundheitseinrichtungen gehindert. Außerdem zwangen unzureichende Transportmöglichkeiten die Frauen nach wie vor dazu, ihre Kinder zu Hause und nicht in Gesundheitszentren zu entbinden.